

Register 23

**Höchstspannungsleitung
Osterath – Philippsburg; Gleichstrom
Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1
BBPIG („Ultranet“)
Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik
(HGÜ)**

**Hier:
Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das
Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt
Pkt. Ried – Pkt. Wallstadt**

Forstrechtliche Belange

INHALT

| | | |
|-----------|---|----------|
| 1. | EINFÜHRUNG | 3 |
| 1.1 | Ausgangslage | 3 |
| 1.2 | Zielsetzung | 3 |
| 1.3 | Rechtliche Grundlage | 3 |
| 2. | ANALYSE DES VORHABENS IM HINBLICK AUF WALDFLÄCHEN | 4 |
| 2.1 | Kurzbeschreibung des Vorhabens | 4 |
| 2.2 | Beschreibung und Beurteilung des derzeitigen Zustandes | 4 |
| 3. | BEURTEILUNG DER MÖGLICHEN AUSWIRKUNGEN DES VORHABENS | 6 |
| 4. | BERÜCKSICHTIGUNG NOTWENDIGER FOLGEMAßNAHMEN | 7 |
| 4.1 | Notwendige Folgemaßnahmen 1 - 3 | 7 |
| 4.2 | Notwendige Folgemaßnahme 4 | 7 |
| 4.3 | Notwendige Folgemaßnahme 5 | 7 |
| 5. | ZUSAMMENFASSENDE BEWERTUNG | 8 |
| 6. | LITERATUR | 9 |

ANHANG A KARTE: WALDFLÄCHEN

1. EINFÜHRUNG

1.1 Ausgangslage

Innerhalb des hier verfahrensgegenständlichen Abschnitts „Pkt. Ried - Pkt. Wallstadt“ werden Waldflächen im Sinne des Bundeswaldgesetzes (BWaldG) und der Landeswaldgesetze gequert.

1.2 Zielsetzung

Ziel der forstrechtlichen Unterlage ist es, sämtliche im Untersuchungsraum liegende Flächen mit Wald im Sinne des BWaldG und der Landeswaldgesetze darzustellen. Hierbei wird auch auf die Waldfunktionen eingegangen. Es wird dargelegt, inwieweit vorhabenbedingt oder durch notwendige Folgemaßnahmen in Waldflächen eingegriffen wird und dass erhebliche Beeinträchtigungen des Waldes soweit möglich vermieden werden.

1.3 Rechtliche Grundlage

Gemäß § 2 Abs. 1 BWaldG ist Wald als jede mit Forstpflanzen bestockte Grundfläche definiert. Als Wald gelten auch kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen, Waldwege, Waldeinteilungs- und Sicherungstreifen, Waldblößen und Lichtungen, Waldwiesen, Wildäsnungsplätze, Holzlagerplätze sowie weitere mit dem Wald verbundene und ihm dienende Flächen. Ergänzende Regelungen enthalten § 2 Abs. 1 des Hessischen Waldgesetzes (HWaldG) und § 2 des Waldgesetzes für Baden-Württemberg (LWaldG BW).

Gemäß § 8 BWaldG sind bei Planungen und Maßnahmen, die eine Inanspruchnahme von Waldflächen beinhalten oder deren Auswirkungen Waldflächen betreffen können, die Waldfunktionen entsprechend § 1 Nr. 1 BWaldG angemessen zu berücksichtigen. Gemäß § 12 Abs. 1 HWaldG sind bei raumbedeutsamen Maßnahmen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 6 des Raumordnungsgesetzes, die der Planfeststellung unterliegen, erhebliche Beeinträchtigungen des Waldes und des forstlichen Standortes soweit möglich zu vermeiden.

Gemäß § 9 Abs. 1 BWaldG, § 12 Abs. 2 HWaldG und § 9 Abs. 1 LWaldG BW darf Wald nur mit Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde gerodet und dauerhaft oder vorübergehend in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Eine Umwandlung von Wald kann auch für einen bestimmten Zeitraum genehmigt werden; durch Auflagen ist dabei sicherzustellen, dass das Grundstück innerhalb einer angemessenen Frist ordnungsgemäß wieder aufgeforstet wird (§ 9 Abs. 2 BWaldG). Die Genehmigung soll nach § 12 Abs. 3 HWaldG und § 9 Abs. 2 WaldG BW versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes im überwiegenden öffentlichen Interesse liegt. Die gilt insbesondere, wenn die Umwandlung Festsetzungen in Raumordnungsplänen widerspricht, die Belange des Naturschutzes, der Wasserwirtschaft, der Landeskultur oder der Landschaftspflege erheblich beeinträchtigt würden oder der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist.

2. ANALYSE DES VORHABENS IM HINBLICK AUF WALDFLÄCHEN

2.1 Kurzbeschreibung des Vorhabens

Der verfahrensgegenständliche Abschnitt hat eine Länge von ca. 27,9 km und verläuft in Nord-Süd-Richtung beginnend am Pkt. Ried nordwestlich der Gemeinde Biblis bis zum Pkt. Wallstadt östlich von Mannheim-Wallstadt. Die Trasse verläuft dabei durch das Gebiet des Landkreises Bergstraße (Hessen) und der kreisfreien Stadt Mannheim (Baden-Württemberg).

Innerhalb dieses Abschnitts ist geplant, zwischen dem Pkt. Ried und dem Pkt. Bürstadt Ost (Länge ca. 9,0 km) die bestehende 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Bürstadt – KKW Biblis, Bl. 4590, für die Umnutzung eines bestehenden Drehstromkreises zukünftig als ± 380 -kV Gleichstromkreis zu ändern und die dafür notwendigen technischen Anpassungen vorzunehmen (vgl. Register 1, Kap. 4.2.1).

Zwischen dem Pkt. Bürstadt Ost und dem Pkt. Wallstadt (Länge ca. 18,9 km) soll ein Leitungsneubau, 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Pkt. Bürstadt Ost – Pkt. Wallstadt, Bl. 4689, für den ± 380 -kV Gleichstromkreis in der bestehenden Trasse der vorhandenen 220-kV-Freileitung Windesheim – Rheinau, Bl. 2327, stattfinden. Dafür soll die bestehende 220-kV-Freileitung Windesheim – Rheinau, Bl. 2327, zurückgebaut werden. Auf ihr kann der ± 380 -kV Gleichstromkreis unter Beachtung der technischen Regeln (vgl. Register 1, Kap. 5.1) nicht geführt werden. Zwischen dem Pkt. Bürstadt Ost und dem Pkt. Wallstadt handelt es sich somit um einen sogenannten Ersatzneubau (vgl. Register 1, Kap. 4.2.2).

2.2 Beschreibung und Beurteilung des derzeitigen Zustandes

In der Karte 1, Blatt 1-6 in Anhang A sind die im Untersuchungsraum liegenden Flächen mit Wald im Sinne des BWaldG, HWaldG und LWaldG BW dargestellt. Somit wurden alle mit Forstpflanzen bestockten Flächen (§ 2 BWaldG, Abs. 1) erfasst. Hierzu zählen auch Waldflächen, auf denen vorübergehend keine Bäume stehen (Lücken und Blößen). Zum Wald zählen zudem dauerhaft baumfreie Flächen wie Waldwege, Holzlagerplätze, Waldeinteilungs- und Sicherungstreifen sowie weitere mit dem Wald verbundene und ihm dienende Flächen. Die Ermittlung der Waldflächen in Hessen erfolgte auf Grundlage der Waldbiotope aus der Biotoptypenkartierung und den Waldflächen gemäß der ATKIS-Daten, ergänzt durch die als Waldflächen dargestellten Gebiete nach Waldfunktionenkartierung (Waldfunktionenkarte des Landesbetriebs Hessen-Forst). Im baden-württembergischen Teil des Vorhabens treten Waldflächen nur im Bereich des Naturschutzgebiets „Viehwäldchen, Apfelkammer, Neuwäldchen“ auf. Zur Abgrenzung dieser Waldflächen wurden die ATKIS-Daten herangezogen und die Waldbiotope aus der Biotoptypenkartierung verwendet.

Im Trassenabschnitt der Neubaumasten Nr. 24-38 der Bl.4689 und der Rückbaumasten Nr. 271-293 der Bl.2327 verläuft das Vorhaben im bestehenden Schutzstreifen durch das Waldgebiet der Viernheimer Waldheide. Gemäß Waldfunktionenkarte sind die Flächen im Bereich der Masten Nr. 24 (Bl. 4689) und 271 (Bl.2327) als Schon- und Schutzwald, der Bereich zwischen den Masten Nr. 25-27 (Bl. 4689) und 272-275 (Bl. 2327) als Wald mit Klimaschutzfunktion eingestuft. Im weiteren Verlauf zwischen den Masten Nr. 28-35 (Bl. 4689) und 276-288 (Bl.2327) ist das Gebiet als Wald mit Immissionsschutzfunktion eingestuft. Im Bereich der Viernheimer Waldheide wird der Schutzstreifen nicht verändert. Alle Arbeitsflächen liegen im Schutzstreifen oder auf Freiflächen im Bereich der Waldschneise. Gleiches gilt für die Zuwegungen zu den Arbeitsflächen.

Südlich von Neubaumast Nr. 1016 (Bl. 4590) tangiert die Trasse des Vorhabens ein kleines Waldgebiet, welches gemäß Waldfunktionenkarte als Wald mit Klimaschutzfunktion ausgewiesen ist. Maststandorte und deren Arbeitsflächen mit Zuwegungen liegen nicht innerhalb dieses Waldgebiets.

Weiterhin tangiert die Trasse des Vorhabens im Abschnitt der Neubaumasten Nr. 48-49 (Bl. 4689) und 308-309 (Bl.2327) zwei kleine Waldgebiete, die Bestandteil des Naturschutzgebiets „Viehwäldchen, Apfelkammer, Neuwäldchen“ sind. Arbeitsflächen und Zuwegungen liegen nicht in diesen Waldgebieten.

Die Trasse des Vorhabens verläuft zwischen den Masten Nr. 26-30 (Bl. 4689) und 274-281 (Bl. 2327) durch ein Vorranggebiet für die Forstwirtschaft. Auch jenseits des Schutzstreifens innerhalb der Viernheimer Waldheide sind Vorranggebiete für die Forstwirtschaft ausgewiesen. Auch im Bereich von Neubaumast Nr. 1016 (Bl. 4590) tangiert die Leitung ein Vorranggebiet für die Forstwirtschaft. Dabei ragt eine Arbeitsfläche geringfügig in das Vorranggebiet. Die Zuwegung dorthin erfolgt über einen bestehenden, befestigten Weg. Ein weiteres Vorranggebiet für die Forstwirtschaft befindet sich im Bereich der Masten Nr. 48 (Bl. 4689) und 308 (Bl. 2327). Vorbehaltsgebiete für die Forstwirtschaft sind nicht betroffen.

3. BEURTEILUNG DER MÖGLICHEN AUSWIRKUNGEN DES VORHABENS

Im Bereich der Viernheimer Waldheide wird der Schutzstreifen durch den Ersatzneubau der Bl. 4689 sowie den Rückbau der Bl. 2327 nicht verändert. Die temporären Arbeitsflächen, Baugruben und Zuwegungen liegen im Bereich der Schneise. In den westlich und östlich angrenzenden Waldflächen ist keine temporäre oder dauerhafte Flächeninanspruchnahme vorgesehen. Somit wird kein temporärer oder dauerhafter Eingriff in Form einer Flächeninanspruchnahme durch Rodung, Umwandlung oder vorübergehender Nutzungsänderung des angrenzenden Waldsaums und Waldbestands (i.S. des Gesetzes) erforderlich. Ein Eingriff in den Waldsaum und Waldbestand ist daher auszuschließen. Einschränkungen der Forstwirtschaft, die über die im Schutzstreifen bestehenden Einschränkungen hinausgehen, sind nicht zu erwarten.

Im Bereich der Waldschneise kann jedoch bei der Einrichtung der Arbeitsflächen die Beseitigung von Hecken und Sträuchern erforderlich werden. Diese Eingriffe werden vollumfänglich im Rahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans ausgeglichen.

Für die im Bereich südlich des Viernheimer Kreuzes tangierten Waldflächen des Naturschutzgebiets „Viehwäldchen, Apfelkammer, Neuwäldchen“ gilt entsprechend, dass nicht in den Waldsaum und Waldbestand eingegriffen wird. Ein temporärer oder dauerhafter Eingriff in Form einer Flächeninanspruchnahme durch Rodung, Umwandlung oder vorübergehende Nutzungsänderung des angrenzenden Waldsaums und Waldbestands (i.S. des Gesetzes) ist nicht erforderlich. Gleiches gilt für die tangierte Waldfläche südlich von Neubaumast Nr. 1016 (Bl. 4590).

Im Rahmen des Vorhabens findet somit keine genehmigungspflichtige Waldumwandlung statt.

Das geplante Vorhaben quert zwei forstwirtschaftliche Vorranggebiete im Bereich der Viernheimer Waldheide und südlich des Viernheimer Kreuzes. Über die dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Maststandorte hinaus bestehen im Schutzstreifen der Leitung Wuchshöhenbeschränkungen, die grundsätzlich einer uneingeschränkten Bewirtschaftung der Flächen entgegenstehen können. Hier ergeben sich jedoch keine Änderungen gegenüber der bestehenden Situation, da ein Ersatzneubau der Bestandsleitung in bestehender Trasse vorgesehen ist und demnach kein Eingriff in den Waldbestand erfolgt. Das südlich von Neubaumast Nr. 1016 gelegene Vorranggebiet Forstwirtschaft wird von der umzunutzenden Bestandsleitung Bl. 4590 nicht gequert. Auf einem kleinen Teil des Vorranggebiets ist eine temporäre Flächeninanspruchnahme durch eine Arbeitsfläche vorgesehen. Aufgrund der temporären Flächeninanspruchnahme ergeben sich jedoch keine Nutzungseinschränkungen für die Forstwirtschaft. Von einer Konformität mit den Vorranggebieten Forstwirtschaft ist auszugehen, da die Situation durch Nutzung von Bestandstrassen unverändert bleibt. Demnach wird die Maßgabe der Bundesfachplanungsentscheidung vom 16.01.2019 (Az: 6.07.00.02/2-2-1/25.0) eingehalten, wonach in den Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Forstwirtschaft solche Einschränkungen für die Forstwirtschaft weitestgehend vermieden werden, die über die bestehenden Einschränkungen hinausgehen.

Im Hinblick auf die geplante Umsetzung des Vorhabens unter Nutzung der Bestandsleitung beziehungsweise Bestandstrasse wird Wald nicht in erheblichem Maße in Anspruch genommen. Da nicht in den Waldbestand eingegriffen wird, sind erhebliche Beeinträchtigungen der oben beschriebenen Waldfunktionen auszuschließen. Somit werden auch die landesrechtlichen Vorschriften gemäß § 13 HWaldG und §§ 29 bis 33 LWaldG BW eingehalten.

4. BERÜCKSICHTIGUNG NOTWENDIGER FOLGEMAßNAHMEN

4.1 Notwendige Folgemaßnahmen 1 - 3

Für die Anbindung der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Bürstadt – KKW Biblis, Bl. 4590, (Teil des Vorhabens) an die 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Ried - Urberach, Bl. 4591, werden die notwendigen Folgemaßnahmen 1 - 3 erforderlich (vgl. Erläuterungsbericht, Register Nr. 1, Kap. 1.3). Im Rahmen dieser Maßnahmen werden die Beseilungen zwischen dem Mast Nr. 41 (Bl. 4591) und den rückzubauenden Masten Nr. 23 und 23A (Bl. 4590) jeweils auf einer Länge von ca. 0,3 km abgebaut (notwendige Folgemaßnahmen 1 und 2). Weiterhin wird zwischen Mast Nr. 1023 (Bl. 4590) und Mast Nr. 41 eine neue Beseilung in neuem Leitungsverlauf auf einer Länge von ca. 0,2 km aufgelegt (notwendige Folgemaßnahme 3). Diese drei Folgemaßnahmen werden im Weiteren zusammen betrachtet, da es sich um ein und dieselbe Anlage handelt.

Im Bereich der drei Folgemaßnahmen sind keine Flächen mit Wald im Sinne des Bundeswaldgesetzes (BWaldG) und der Landeswaldgesetze vorhanden. Ein Eingriff in den Waldsaum und Waldbestand ist daher auszuschließen. Eine genehmigungspflichtige Waldumwandlung findet nicht statt.

4.2 Notwendige Folgemaßnahme 4

Aufgrund des vorgesehenen Rückbaus der 220-kV-Höchstspannungsfreileitung Windesheim - Rheinau, Bl. 2327, und dem (Ersatz-) Neubau der Bl. 4689 zwischen Pkt. Bürstadt Ost und Pkt. Wallstadt wird ein (Ersatz-) Neubau im weiteren Verlauf der 220-kV-Höchstspannungsfreileitung Windesheim - Rheinau, Bl. 2327, notwendig (vgl. Erläuterungsbericht, Register Nr. 1, Kap. 1.3, notwendige Folgemaßnahme 4). Im Rahmen dieser Maßnahme wird der Mast Nr. 235 rückgebaut und durch den Mast Nr. 1235 an neuer, leicht verschobener Position ersetzt und an den Mast Nr. 1003 (Bl. 4590) angebunden (neuer Leitungsverlauf).

Im Bereich der drei Folgemaßnahmen sind keine Flächen mit Wald im Sinne des Bundeswaldgesetzes (BWaldG) und der Landeswaldgesetze vorhanden. Ein Eingriff in den Waldsaum und Waldbestand ist daher auszuschließen. Eine genehmigungspflichtige Waldumwandlung findet nicht statt.

4.3 Notwendige Folgemaßnahme 5

Im Rahmen der Änderung der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Bürstadt – KKW Biblis, Bl. 4590 (Teil des Vorhabens) ist der Anschluss Kraftwerk Biblis zwischen den Masten Nr. 24 und 1023 (Bl. 4590) in neuem Leitungsverlauf als notwendige Folgemaßnahme 5 zu ändern (vgl. Erläuterungsbericht, Register 1, Kap. 1.3).

Zwischen Mast Nr. 24 und Mast Nr. 1023 wird aufgrund des Neubaus von Mast Nr. 1023 (Bl. 4590 – dem Vorhaben zugehörig) eine neue Beseilung in neuem Leitungsverlauf auf einer Länge von ca. 0,3 km aufgelegt. Zwischen den Masten Nr. 24 und 23 wird aufgrund des Rückbaus von Mast Nr. 23 (Bl. 4590 – dem Vorhaben zugehörig) die bestehende Beseilung auf einer Länge von ca. 0,3 km abgebaut. Zwischen Mast Nr. 24 (Bl. 4590) und Mast Nr. 41 (Bl. 4591) wird aufgrund der Anschlussänderung des Kraftwerks Biblis die bestehende Beseilung auf einer Länge von ca. 0,3 km abgebaut.

Im Bereich der Folgemaßnahme 5 sind keine Flächen mit Wald im Sinne des Bundeswaldgesetzes (BWaldG) und der Landeswaldgesetze vorhanden. Ein Eingriff in den Waldsaum und Waldbestand ist daher auszuschließen. Eine genehmigungspflichtige Waldumwandlung findet nicht statt.

5. ZUSAMMENFASSENDE BEWERTUNG

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass durch das oben beschriebene geplante Vorhaben und der notwendigen Folgemaßnahmen Eingriffe in den Waldsaum und Waldbestand ausgeschlossen sind. Genehmigungspflichtige Waldumwandlungen finden nicht statt.

6. LITERATUR

| | |
|-----------|--|
| BWALDG | Bundeswaldgesetz (BWaldG) vom 02. Mai 1975 |
| HWALDG | Hessisches Waldgesetz (HWaldG) vom 08. Juli 2013 |
| LWALDG BW | Waldgesetz für Baden-Württemberg vom 31. August 1995 |

ANHÄNGE

ANHANG A KARTE 1: WALDFLÄCHEN